

**Ivan Krastev**

**Stephen Holmes**

**Das**  
VIKTOR ORBÁN  
**Licht,**  
JAROSŁAW KACZYŃSKI  
WLADIMIR PUTIN  
**das**  
XI JINPING  
DONALD TRUMP  
**erlösch**

***Eine Abrechnung***

Ivan Krastev und Stephen Holmes  
Das Licht, das erlosch

**Ivan Krastev und Stephen Holmes**

*Das  
Licht,  
das  
erlosch*

*Eine Abrechnung*

Aus dem Englischen  
von Karin Schuler

Ullstein



Die Originalausgabe erschien 2019 unter dem Titel  
*The Light that Failed*  
bei Allen Lane, Penguin, London.



ISBN:

978-3-550-05069-5

© 2019 Ivan Krastev und Stephen Holmes

© der deutschen Ausgabe

Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2019

Alle Rechte vorbehalten

Gesetzt aus der Minion Pro

Satz: L42 AG, Berlin

Druck und Bindearbeiten: GGP media GmbH, Pößneck

Printed in Germany



# Inhalt

|                                       |     |
|---------------------------------------|-----|
| Das Unbehagen an der Nachahmung ..... | 7   |
| 1 Vom Geist der Nachahmung .....      | 33  |
| 2 Nachahmung als Vergeltung .....     | 117 |
| 3 Nachahmung als Enteignung .....     | 205 |
| Das Ende einer Ära .....              | 277 |
| Dank .....                            | 305 |
| Anmerkungen .....                     | 307 |
| Register .....                        | 349 |

# Das Unbehagen an der Nachahmung

*Wir sind alle als Originale geboren – wie kommt es,  
dass so viele von uns als Kopien sterben?*

EDWARD YOUNG

Gestern war die Zukunft besser. Wir glaubten, das Jahr 1989 habe »die Vergangenheit fast so klar von der Zukunft geschieden wie die Berliner Mauer den Osten vom Westen«,<sup>1</sup> und wir konnten uns »nur schwer eine Welt vorstellen, die von Grund auf besser ist als die, in der wir leben, oder uns eine Zukunft ausmalen, die nicht demokratisch und kapitalistisch geprägt ist«. <sup>2</sup> Heute denken wir anders. Die meisten von uns haben jetzt sogar Schwierigkeiten, sich im Westen eine Zukunft vorzustellen, die stabil demokratisch und liberal bleibt.

Nach dem Ende des Kalten Krieges war die Hoffnung groß, dass die liberale kapitalistische Demokratie weltweit Verbreitung finden werde.<sup>3</sup> Die geopolitische Bühne schien für ein optimistisches Lehrstück wie George Bernard Shaws *Pygmalion* bereitet, in dem ein Professor für Sprachwissenschaften einem armen Blumenmädchen innerhalb kurzer Zeit beibringt, wie die Queen zu sprechen und sich in vornehmer Gesellschaft wie zu Hause zu fühlen.

Nachdem sie voreilig die Integration des Ostens in den Westen gefeiert hatten, erkannten interessierte Beobachter irgendwann, dass das Spektakel, dem sie gerade beiwohnten, ganz und gar nicht so ablief wie geplant.<sup>4</sup> Statt einer Vorstel-



lung von *Pygmalion* bekam die Welt eine Bühnenfassung von Mary Shelleys Roman *Frankenstein* zu sehen, einem pessimistischen Lehrstück über einen Mann, der beschließt, Gott zu spielen, indem er nachgebaute Körperteile zu einem menschenähnlichen Geschöpf zusammensetzt. Das entstellte Ungeheuer, das sich zu Einsamkeit, Unsichtbarkeit und Ablehnung verurteilt sieht, ist neidisch auf das unerreichbare Glück seines Schöpfers. Es wendet sich gewalttätig gegen dessen Freunde und Familienangehörige, legt ihre Welt in Schutt und Asche und hinterlässt als Vermächtnis eines fehlgeleiteten Experiments zur menschlichen Selbstreproduktion nichts als Reue und tiefen Kummer.

Dieses Buch zeigt auf, wie der Liberalismus zum Opfer seines im Kalten Krieg vorausgesagten Erfolgs wurde. Oberflächlich kann man eine Reihe politischer Ereignisse dafür verantwortlich machen, die die Welt in ihren Grundfesten erschütterten: der Angriff vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York; der zweite Irakkrieg; die Finanzkrise von 2008; Russlands Annexion der Krim und der Einmarsch in die Ostukraine; die Ohnmacht des Westens, als Syrien einen humanitären Albtraum erlebte; die Flüchtlingskrise 2015 in Europa; das Brexit-Referendum und die Wahl von Donald Trump. Das leuchtende Abendrot der liberalen Demokratie wurde nach dem Kalten Krieg auch vom chinesischen Wirtschaftswunder entzaubert, das einer politischen Führung zu verdanken ist, die sich ganz unmissverständlich weder liberal noch demokratisch gibt. Versuche, den guten Namen der liberalen Demokratie zu retten, indem man sie positiv von der nicht westlichen Autokratie abhebt, untergrub der Westen, indem er sinnlos liberale Normen verletzte, also etwa Gefangene folterte oder zuließ, dass seine demokratischen Institutionen ganz augenfällig versagten. Bezeichnenderweise schlagen sich liberale Wissenschaftler heute vor al-



lem mit der Frage herum, wie Demokratien verkümmern und sterben.<sup>5</sup>

Selbst das Ideal einer »offenen Gesellschaft« hat seinen einst bejubelten Glanz verloren.<sup>6</sup> Bei vielen desillusionierten Bürgern weckt das Stichwort Weltoffenheit heute eher Angst als Hoffnung. Als die Berliner Mauer fiel, gab es nur sechzehn Grenzzäune weltweit. Heute sind fünfundsechzig befestigte Grenzen fertiggestellt oder im Bau. Den Forschungen von Élisabeth Vallet (Quebec University) zufolge errichtet gerade fast ein Drittel aller Länder der Welt Absperrungen entlang ihrer Grenzen.<sup>7</sup> Die drei Jahrzehnte nach 1989 erweisen sich im Nachhinein als ein Zwischenspiel, ein kurzes barrierefreies Intervall zwischen dem dramatischen Berliner Mauerfall, aufregenden utopischen Fantasien von einer Welt ohne Grenzen und einem globalen Mauerbau-Fieber, bei dem die Barrieren aus Beton und Stacheldraht existenzielle (wenn auch manchmal nur eingebildete) Ängste verkörpern.

Zudem gehen die meisten Europäer und Amerikaner heute davon aus, dass das Leben ihrer Kinder weniger gedeihlich und erfüllt sein wird als ihr eigenes.<sup>8</sup> Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Demokratie sinkt drastisch, etablierte Parteien brechen auseinander oder werden von amorphen politischen Bewegungen und populistischen Machthabern verdrängt, die die organisierten politischen Kräfte und ihre Bereitschaft, in Krisenzeiten für das Überleben der Demokratie zu kämpfen, infrage stellen.<sup>9</sup> Vom Gespenst umfangreicher Migrationsbewegungen verschreckt, fühlt sich die Wählerschaft in Teilen Europas und Amerikas immer stärker zu fremdenfeindlicher Rhetorik, autoritären Führern und militärisch aufgerüsteten Grenzen hingezogen. Die Menschen glauben nicht mehr an eine bessere Zukunft durch die vom Westen ausgehenden liberalen Ideen; sie fürchten vielmehr, dass die Millionen Menschen, die in den Westen strömen, die



Geschichte des 21. Jahrhunderts belasten werden.<sup>10</sup> Den einst als ein Bollwerk gegen die Tyrannei gepriesenen Menschenrechten wirft man heute in schöner Regelmäßigkeit vor, sie beschränkten die Demokratie in ihren Möglichkeiten, den Terrorismus zu bekämpfen. Die Sorge um das Überleben des Liberalismus ist so akut, dass für politische Kommentatoren im Jahr 2016 der Verweis auf William Butler Yeats' Gedicht »Die Wiederkunft«, geschrieben 1919 nach einem der entsetzlichsten Konflikte der Menschheitsgeschichte, zu einem geradezu obligatorischen Refrain wurde.<sup>11</sup> Ein Jahrhundert nachdem Yeats sie schrieb, sind diese Worte weltweit das Mantra besorgter Verteidiger der liberalen Demokratie geworden: »Zerfall ringsum, das Zentrum hält nicht stand / Die Anarchie ist losgelassen in die Welt.«

Barack Obamas engster Berater und persönlicher Freund Ben Rhodes bekennt in seinen Memoiren mit dem Titel *Im Weißen Haus*, Obama habe, als er das Weiße Haus verließ, vor allem eines beschäftigt: »Was, wenn wir uns geirrt haben?«<sup>12</sup> Er dachte nicht: »Was ist schiefgegangen?«, oder: »Wer hat etwas falsch gemacht?« Auch Hillary Clintons *What Happened* war nicht das drängendste Rätsel, das er lösen wollte. Viel beunruhigender war für Obama die Frage: »Was, wenn wir uns geirrt haben?«, sprich: Was, wenn die Liberalen diese Ära, nachdem der Kalte Krieg zu Ende gegangen war, grundsätzlich falsch gedeutet hatten? »Was, wenn wir uns geirrt haben?« ist die richtige Frage, und in diesem Buch suchen wir nach Antworten darauf.

Für uns beide ist diese Frage auch eine zutiefst persönliche. Der Ältere von uns, Amerikaner, kam ein Jahr nach Beginn des Kalten Krieges zur Welt und lernte in der Schule, dass die gerade errichtete Berliner Mauer der Inbegriff von Intoleranz und Tyrannei sei. Der Jüngere, Bulgare, wurde etwa vier Jahre nach dem Mauerbau auf der anderen Seite des Eisernen Vor-



hangs geboren und wuchs in dem Glauben auf, dass das Niederreißen von Mauern ein Weg zu politischer und individueller Freiheit sei.

Auch wenn unsere Hintergründe so verschieden sind, lebten wir doch beide jahrelang im Schatten der Mauer, deren im Fernsehen in seiner ganzen Dramatik gezeigter Fall sich als der entscheidende Moment unseres politischen und intellektuellen Lebens entpuppte, das eben erst von der Berliner Mauer und später von ihrer Abwesenheit tief geprägt war. Auch wir teilten die Illusion, dass mit dem Ende des Kalten Krieges das Zeitalter des Liberalismus und der Demokratie beginnen werde.

Mit diesem Buch wollen wir nicht nur verstehen lernen, warum wir uns diese Illusion damals so gern zu eigen gemacht haben. Wir wollen auch über eine Welt nachdenken, über die jetzt so unheilvoll eine Flutwelle illiberaler und antidemokratischer »Anarchie« hinwegschwappet.

## Vom Ende einer Geschichte

Vor drei Jahrzehnten, im Jahr 1989, fasste ein Beamter des US-Außenministeriums den Zeitgeist in eine prägnante Formulierung: Ein paar Monate bevor die Deutschen fröhlich auf den zertrümmerten Resten der Berliner Mauer tanzten, erklärte er den Kalten Krieg für faktisch beendet. Ein Jahrzehnt wirtschaftlicher und politischer Reformen, in China angestoßen von Deng Xiaoping und in der Sowjetunion von Michail Gorbatschow, hätten den umfassenden Sieg des Liberalismus über den Kommunismus besiegelt. Die Eliminierung der »marxistisch-leninistischen Alternative zur liberalen Demokratie«, so Francis Fukuyama, signalisiere »die totale Erschöpfung gangbarer systemischer Alternativen zum



westlichen Liberalismus«. Der Kommunismus, von den Marxisten zum Höhepunkt der »Geschichte« im hegelschen Sinn gekrönt, wurde plötzlich zur Belanglosigkeit degradiert, zu »Geschichte« im amerikanischen Sinn. Die »westliche liberale Demokratie« galt unter diesen Prämissen als »der Endpunkt der ideologischen Entwicklung der Menschheit«. Nach dem Sturz der »faschistischen und kommunistischen Diktaturen dieses Jahrhunderts«, fuhr Fukuyama fort, »behauptet sich am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts allein die liberale Demokratie«. Weil »die Grundprinzipien des liberal-demokratischen Staates absolut« seien »und nicht weiter verbessert werden konnten«, bleibe liberalen Reformern nur mehr die Aufgabe, »diese Prinzipien räumlich auszubreiten, so dass die verschiedenen Bereiche menschlicher Kultur auf das Niveau ihrer am weitesten fortgeschrittenen Vorposten gehoben wurden«. Fukuyama behauptete, der Liberalismus werde »seinen Siegeszug durch die ganze Welt antreten«. Aber eigentlich ging es ihm darum, dass danach keine »Ideologien« mehr aufkommen könnten, »die von sich behaupteten, höher entwickelt zu sein als der Liberalismus«. <sup>13</sup>

Und in der Praxis? Was bedeutete es, die kapitalistische Demokratie als Endstufe der politischen Entwicklung der Menschheit zu feiern? Fukuyama wich dieser Frage aus, doch aus seiner Argumentation ergab sich zweifelsfrei, dass die liberale Demokratie westlichen Stils das einzige lebensfähige Ideal sei, das Reformer in aller Welt anstreben sollten. Wenn er schrieb, das letzte »Leuchtfener für illiberale Kräfte« sei von chinesischen und sowjetischen Reformern ausgelöscht worden, meinte er, dass allein Amerikas liberales Leuchtfener der Menschheit den Weg in die Zukunft weise. <sup>14</sup>

Dieser klare Ausschluss einer weltweit attraktiven Alternative zum westlichen Modell erklärt, warum Fukuyamas These damals nicht nur selbstverliebten Amerikanern, sondern



selbst Dissidenten und Reformern auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs nur allzu überzeugend erschien.<sup>15</sup> Nicht einmal ein Jahr zuvor, 1988, hatten einige der glühendsten Verfechter des demokratischen Pluralismus in der Sowjetunion eine Aufsatzsammlung unter dem Titel *Inogo ne dano* herausgebracht,<sup>16</sup> was man etwa mit »Es gibt keinen anderen Weg« übersetzen kann. Auch diese Bibel des sowjetischen Reformismus ging davon aus, dass es keine existenzfähigen Alternativen zur westlichen kapitalistischen Demokratie gebe.

In unsere Begrifflichkeit übersetzt, läutete 1989 ein dreißigjähriges Zeitalter der Nachahmung ein. Die vom Westen dominierte unipolare Ordnung ließ den Liberalismus im Reich der moralischen Ideale unangreifbar wirken. Nachdem die anfänglich großen Hoffnungen beim Import des westlichen Politik- und Wirtschaftsmodells verblassten, verbreitete sich allerdings ein Widerwille gegen die Nachahmungspolitik. Ein antiliberaler Gegenschlag war wohl eine unausweichliche Reaktion auf eine Welt, der es an politischen und ideologischen Alternativen gefehlt hatte. Das antiwestliche Ethos, das heute in den postkommunistischen Gesellschaften herrscht, kann man unserer Meinung nach viel besser mit diesem Mangel an Alternativen erklären als etwa mit der Anziehungskraft einer autoritären Vergangenheit oder einer historisch verwurzelten Abneigung gegen den Liberalismus.<sup>17</sup> Schon die arrogante Feststellung, dass »es keinen anderen Weg gibt«, lieferte der Welle aus populistischer Fremdenfeindlichkeit und reaktionärem Nativismus, die sich in Mittel- und Osteuropa aufschaukelte, ein eigenständiges Motiv. Dass eine plausible Alternative zur liberalen Demokratie fehlte, stimulierte eine Revolte, denn »Menschen brauchen Wahlmöglichkeiten oder zumindest die Illusion, eine Wahl zu haben«.<sup>18</sup>

Populisten rebellieren nicht nur gegen einen bestimmten (liberalen) Politiktyp, sondern auch dagegen, dass die kom-



munistische durch die liberale Rechtgläubigkeit ausgetauscht wird. Linke wie rechte Aufstandsbewegungen vermitteln die Botschaft, dass die »Friss oder stirb«-Mentalität des Establishments falsch sei und dass die Dinge anders sein könnten, vertrauter und authentischer.

Natürlich kann ein einzelner Faktor nicht erklären, warum in so vielen, ganz unterschiedlich situierten Ländern im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gleichzeitig ein autoritärer Antiliberalismus auftritt. Dennoch hat unserer Ansicht nach die Tatsache, dass die Menschen den kanonischen Status der liberalen Demokratie und der Nachahmungspolitik nicht mehr anerkannten, ganz allgemein eine entscheidende Rolle gespielt, nicht nur in Mitteleuropa, sondern auch in Russland und den Vereinigten Staaten. Um dies zu begründen, wollen wir zunächst einmal zwei der schärfsten Kritiker des Liberalismus in Mitteleuropa in den Zeugenstand rufen. Ryszard Legutko, polnischer Philosoph und konservatives Mitglied des Europaparlaments, zürnt, dass »wir immer stärker einer demokratisch-liberalen Allgegenwart ausgesetzt sind«, dass sie »der einzige anerkannte Weg und die einzige Methode der Organisation des gemeinschaftlichen Lebens schlechthin« geworden sei und dass »es Liberalen und liberalen Demokraten gelungen (ist), fast alle alternativen politischen Vorstellungen und nichtliberalen Ideen zu marginalisieren und ihre Vertreter mundtot zu machen«. <sup>19</sup>

Eine einflussreiche ungarische Historikerin stimmt dem zu: »Wir wollen nicht kopieren, was die Deutschen oder die Franzosen machen«, verkündete Mária Schmidt, Viktor Orbáns Vordenkerin. »Wir wollen unsere eigene Lebensart fortführen.« <sup>20</sup> Beide Aussagen lassen vermuten, dass ein hartnäckiger Widerwille, Fukuyamas »totale Erschöpfung gangbarer systemischer Alternativen zum westlichen Liberalismus« anzuerkennen, mit dafür verantwortlich ist, dass sich die weiche



Macht des Westens, zur Nachahmung anzuregen, in Schwäche und Angreifbarkeit statt in Stärke und Autorität verwandelte.

Die Weigerung, vor dem liberalen Westen die Knie zu beugen, ist zum Markenzeichen der illiberalen Konterrevolution überall in der kommunistischen Welt und darüber hinaus geworden. Eine solche Reaktion kann man nicht einfach mit der banalen Feststellung vom Tisch wischen, dass es für nicht westliche Staatenlenker ein Leichtes sei, dem Westen die Schuld in die Schuhe zu schieben, um nicht die Verantwortung für die eigene gescheiterte Politik übernehmen zu müssen. Die Sache ist sehr viel komplizierter und interessanter. Es geht – unter anderem – darum, wie der Liberalismus zugunsten einer Hegemonie den Pluralismus aufgegeben hat.

## Name und Notwendigkeit

Im Kalten Krieg trennte das weltweit folgenreichste politische Schisma Kommunisten von Demokraten. Der Globus war aufgeteilt zwischen dem totalitären Osten und der freien Welt des Westens, und die Gesellschaften an der Peripherie des Hauptkonflikts hatten das Recht und die Entscheidungsmacht, eine Seite zu wählen – oder glaubten dies zumindest. Nach dem Fall der Mauer veränderte sich diese Konstellation. Von da an wiederum trennte der folgenreichste Riss am geopolitischen Firmament Nachahmer von Nachgeahmten, etablierte Demokratien von Ländern, die sich bemühten, den Übergang zur Demokratie zu schaffen. Die Ost-West-Beziehungen verwandelten sich von einer Pattsituation zwischen zwei feindlichen Systemen im Kalten Krieg zu einer belasteten Beziehung zwischen Vorbildern und Nachahmern innerhalb eines einzigen, unipolaren Systems.



Das Bemühen ehemals kommunistischer Länder, nach 1989 dem Westen nachzueifern, ist mit den verschiedensten Bezeichnungen belegt worden – Amerikanisierung, Europäisierung, Demokratisierung, Liberalisierung, Erweiterung, Integration, Harmonisierung, Globalisierung und so weiter –, doch es ging im Kern immer um Modernisierung durch Nachahmung und um Integration durch Assimilierung. Der oben zitierte polnische Philosoph hat, die Einstellung vieler seiner Landsleute nach 1989 verhöhnend, auch geschrieben:

In Wahrheit sollte kopiert und adaptiert werden. Je mehr wir kopiert und adaptiert hatten, umso selbstzufriedener wurden wir. Institutionen, Bildung, Recht, Medien, Sprache und Sitten, fast alle Bereiche wurden zu unvollkommenen Kopien des Originals, das auf dem Weg des Fortschritts weit vor uns war.<sup>21</sup>

Diese nervenaufreibende Asymmetrie zwischen jenen, die moralisch fortgeschritten waren, und jenen, die moralisch hinterherhinkten, wurde nach 1989 zu einem ebenso prägenden wie neuralgischen Kennzeichen der Ost-West-Beziehungen.

Nach dem Fall der Mauer galt eine pauschale Nachahmung des Westens weithin als der effektivste Weg, zuvor nicht demokratische Gesellschaften zu demokratisieren. Auch wegen der implizierten moralischen Asymmetrie ist diese arrogante Haltung inzwischen zu einer vorrangigen Zielscheibe populistischer Wut geworden.



## Nachahmungsdruck

Nachahmung ist im sozialen Miteinander allgegenwärtig. Gabriel de Tarde, ein bekannter französischer Sozialtheoretiker und Kriminologe des 19. Jahrhunderts, verkündete sogar: »Gesellschaft ist Nachahmung«. <sup>22</sup> Er sprach auch von »ansteckender Nachahmung« als einer Art »Somnambulismus«, womit er meinte, dass Menschen, ohne dazu gezwungen zu werden, einander spontan imitieren und dabei anders als bei kriminellen Nachahmungstaten keinen strategischen Plan verfolgen. <sup>23</sup>

Wenn die Populisten Mitteleuropas gegen einen vermeintlichen Nachahmungsimperativ als das unerträglichste Merkmal der Hegemonie des Liberalismus nach 1989 wettern, meinen sie ganz offensichtlich etwas weniger Allgegenwärtiges und politisch Provokanteres. Die hier zur Debatte stehende Form der groß angelegten institutionellen Nachahmung umfasst erstens eine anerkannte moralische Überlegenheit des Nachgeahmten gegenüber seinen Nachahmern, zweitens ein politisches Modell, das behauptet, alle existenzfähigen Alternativen beseitigt zu haben, drittens eine Erwartung, dass die Nachahmung bedingungslos und nicht an lokale Traditionen angepasst sein wird, und viertens den anmaßenden Anspruch der Vertreter der zu imitierenden Länder, den Fortschritt der nachahmenden Länder dauerhaft beobachten, überwachen und bewerten zu dürfen. Ohne die Analogie zu weit treiben zu wollen, ist doch die Beobachtung interessant, dass der Stil der Regime-Nachahmung, der nach 1989 Einzug hielt, eine schaurige Ähnlichkeit mit den Wahlen der Sowjetzeit aufweist, bei denen die Wähler, von Parteifunktionären beaufsichtigt, so taten, als würden sie den einzigen Kandidaten »wählen«, der sich um ein Amt bewarb.



Um besser zu beschreiben, was auf dem Spiel steht, müssen wir im Vorfeld ein paar Abgrenzungen vornehmen. So müssen wir etwa unterscheiden zwischen der vollumfänglichen (aber nicht aufgezwungenen) Nachahmung eines einzelnen orthodoxen Modells, kontrolliert von voreingenommenen Ausländern, und dem normalen Lernen, durch das Staaten indirekt von den Erfahrungen der anderen profitieren.<sup>24</sup> Nur Ersteres erzeugt Widerwillen, Letzteres, gewöhnlich der Demonstrationswirkung von vermeintlichen Erfolgen und Misserfolgen zugerechnet, nicht.

Zweitens und noch wichtiger sollten wir die Nachahmung der Mittel von der Nachahmung der Ziele trennen. Ersteres nennen wir eher *entleihen* als nachahmen. Eine klassische Formulierung dieser Unterscheidung stammt von Thorstein Veblen, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts schrieb, die Japaner hätten »die industriellen Fertigkeiten« des Westens entleihen, nicht aber dessen »geistige Anschauung« oder seine »Verhaltensprinzipien und ethischen Werte«.<sup>25</sup> Die Entleihung technischer Mittel wirkt sich nicht auf die Identität aus, zumindest nicht kurzfristig, während das Kopieren moralischer Ziele tiefer geht und einen sehr viel radikaleren Transformationsprozess anstoßen kann, der einer »Bekehrungserfahrung« nahekommt. Beim Umbau ihrer Gesellschaften nach 1989 strebten die Mitteleuropäer danach, die Lebensweisen und moralischen Haltungen zu kopieren, die sie im Westen beobachteten. Die Chinesen dagegen schlugen einen Weg ein, der dem von Veblen beschriebenen ähnelt: Sie übernahmen westliche Technologien, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und das Ansehen der Kommunistischen Partei zu steigern – ausdrücklich mit dem Ziel, dem Sirenen- gesang des Westens zu *widerstehen*.

Das Nachahmen moralischer Ideale hat, anders als das Entleihen von Technologien, zur Folge, dass man demjenigen,



den man bewundert, ähnlich wird. Gleichzeitig führt es aber auch dazu, dass man sich selbst unähnlicher wird, und das zu einem Zeitpunkt, an dem die persönliche Einzigartigkeit und die Loyalität zur eigenen Gruppe im Zentrum des Bemühens um Würde und Anerkennung stehen. Der vorherrschende Kult der Innovation, Kreativität und Originalität – Kernbestandteile liberaler Modernität – bedeutet, dass selbst Einwohner wirtschaftlich erfolgreicher Länder wie Polen das Projekt, unter westlicher Aufsicht ein westliches Modell zu adaptieren, als eine Art Eingeständnis ihres Versagens empfinden: Sie haben es nicht geschafft, der historischen Unterordnung Mitteleuropas unter ausländische Lehrer und Inquisitoren zu entkommen.

Diese sich selbst widersprechende Anforderung, gleichzeitig Original und Kopie zu sein, musste psychischen Stress auslösen. Das Gefühl, respektlos behandelt zu werden, wurde noch verstärkt durch etwas, das man durchaus als die zentrale Ironie der postkommunistischen Demokratieförderung im Kontext der europäischen Integration sehen kann: Um die Bedingungen für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen, wurden die mittel- und osteuropäischen Länder im Zuge des angeblichen Demokratisierungsprozesses dazu gedrängt, politische Strategien umzusetzen, die nicht gewählte Bürokraten aus Brüssel oder internationale Kreditanstalten gestaltet hatten.<sup>26</sup> Die Polen und Ungarn bekamen gesagt, welche Gesetze sie erlassen und welche Politik sie machen sollten, während sie gleichzeitig so tun sollten, als würden sie sich selbst regieren. Wahlen ähnelten immer stärker »Fallen für Narren«, wie Rudyard Kipling gesagt hätte. Die Wähler tauschten die Amtsinhaber zwar regelmäßig aus, doch die – von Brüssel vorgegebene – Politik änderte sich nicht substantiell. Es war schon schlimm genug, dass sie so tun mussten, als regierten sie sich selbst, während sie doch eigentlich von westlichen Strippenziehern regiert wurden. Das Fass



zum Überlaufen brachten dann Besucher aus dem Westen, die ihnen vorwarfen, nur *pro forma* Demokratie zu spielen, wo doch die politischen Eliten der Region der Ansicht waren, dass man genau das von ihnen verlangt habe.

Der Zusammenbruch des Kommunismus stieß eine psychologisch problematische, ja sogar traumatische Transformation der Ost-West-Beziehungen an, weil er aus verschiedensten Gründen die Erwartung in die Welt setzte, Länder, die sich vom Kommunismus lossagten, müssten nicht Mittel, sondern Ziele imitieren. Die politischen Anführer des Ostens, die dem Import westlicher Vorbilder in diesem starken Sinne den Weg bahnten, legten großen Wert darauf, dass ihre Mitbürger die Ziele und Vorlieben des Vorbilds ganzheitlich und nicht unsystematisch oder stückweise internalisierten. Die zentrale Klage, die alle antiliberale Politik in der Region heute motiviert, lautet, der Versuch, die ehemals kommunistischen Länder zu demokratisieren, habe auf eine Art kulturelle *Bekehrung* gezielt, eine Bekehrung zu Werten, Gewohnheiten und Einstellungen, die man im Westen als »normal« betrachtete. Anders als es beim Aufpfropfen einiger weniger fremder Elemente auf einheimische Traditionen der Fall ist, setzte diese politische und moralische »Schocktherapie« die ererbte Identität aufs Spiel. Weil der nachgeahmte Liberalismus unweigerlich unvollständig und schief war, erlebten sich viele ursprüngliche Befürworter der Veränderungen als kulturelle Hochstapler – ein schlechtes Gefühl, das wiederum politisch ausnutzbare Sehnsüchte nach einer verloren gedachten Authentizität weckte.

Versuche der Schwächeren, die Starken und Erfolgreichen zu imitieren, sind unter Staaten und Nationen natürlich nicht ungewöhnlich. Allerdings ähnelt eine solche Nachahmung gewöhnlich eher geistlosem Nachgeplapper als einer echten, psychisch und sozial aufreibenden Umgestaltung. Das Frank-



reich Ludwigs XIV. als Vormacht Europas im 17. Jahrhundert inspirierte viele solcher oberflächlichen Nachahmer. Der Politikwissenschaftler Ken Jowitt hat gezeigt, dass in Deutschland, Polen und Russland Nachbildungen von Versailles entstanden; die französische Lebensart breitete sich aus, Französisch wurde die Sprache der europäischen Eliten. Im 19. Jahrhundert rückte das britische Parlament in den Fokus oberflächlicher und unausgegorener Nachahmung, während »nach dem Zweiten Weltkrieg in Osteuropa von Albanien bis Litauen etliche stalinistische Regime entstanden, alle geprägt von identisch hässlicher stalinistischer Architektur – politisch wie physisch«. <sup>27</sup> Oberflächlich nachahmendes Verhalten tritt im politischen Leben vor allem deshalb so häufig auf, weil es den Schwachen stärker aussehen lässt, als er eigentlich ist – eine nützliche Form der Mimikry, um in feindlicher Umgebung zu überleben. Sie macht die Nachahmer zudem besser für die Augen jener lesbar, die ihnen widrigenfalls helfen, oder aber sie verletzen beziehungsweise an den Rand drängen würden. Nicht westliche Eliten konnten nach dem Kalten Krieg ihren mächtigen westlichen Gesprächspartnern nicht nur die Befangenheit nehmen, sondern ihnen gegenüber auch wirtschaftliche, politische und militärische Ansprüche geltend machen, indem sie »Englisch lernten, mit Ausgaben der *Federalist Papers* herumliefen, Anzüge von Armani trugen, Wahlen abhielten« – und, um Jowitts Lieblingsbeispiel zu nennen, »Golf spielten«. <sup>28</sup> Die mimikryhafte Imitation der Mächtigen erlaubte einem schwachen Land zur Zeit Ludwigs XIV., indirekt an der gewaltigen Größe und dem Prestige eines echten »Versailles« teilzuhaben, ohne zu einem Quell nationaler Demütigung oder zu einer schweren Bedrohung der nationalen Identität zu werden.

Wenn wir von den unbeabsichtigten Folgen des unipolaren Zeitalters der Nachahmung sprechen und einen vermeintli-



chen Nachahmungsimperativ nach 1989 als wichtigen Grund dafür beschreiben, warum sich der liberale Traum in einen liberalen Albtraum verwandelte, beziehen wir uns auf Muster nachahmenden Verhaltens und Modelle einer »Nachahmungsvergiftung«, die emotional anspruchsvoller und tiefgreifender sind als geistloses Nachplappern. Es geht um eine Art politischer Runderneuerung, die zwar nicht auf Befehl des Westens, aber doch »unter den Augen des Westens« umgesetzt wurde und die nicht nur Gefühle der Scham und der Verbitterung weckte, sondern auch die Angst vor kultureller Auslöschung schürte.

Die einflussreichsten politischen Anführer Mittel- und Osteuropas sahen unmittelbar nach 1989 in einer imitierenden Verwestlichung den kürzesten Weg zur Reform. Nachahmung wurde als eine »Rückkehr nach Europa« und damit als eine Rückkehr zum vermeintlich authentischen Selbst der Region gerechtfertigt. In Moskau war das natürlich anders. Dort hatte man den Kommunismus nie als Fremdherrschaft wahrgenommen, weshalb man die Nachahmung des Westens auch nicht überzeugend als Wiederherstellung der unverstellten nationalen Identität des Landes präsentieren konnte.

Doch unabhängig davon, wie ernsthaft oder unaufrichtig man sich die westlichen Vorbilder anfangs auch zu eigen machte – eine Reform nach liberal-demokratischen Grundsätzen fühlte sich aus verschiedenen Gründen bald nicht mehr so gut an. So konnten selbst die wohlwollendsten westlichen Berater die implizite Überlegenheit des Vorbilds gegenüber dem Nachahmer nicht verhehlen, und auswärtige Förderer politischer Reformen im Osten hielten weiterhin an einem idealisierten Bild der liberalen Demokratie fest, obwohl die Anzeichen ihrer innenpolitischen Probleme bald nur allzu offensichtlich waren. In diesem Kontext versetzte die globale Finanzkrise von 2008 dem guten Ruf des Liberalismus den Todesstoß.



In mehreren Werken hat der französische Philosoph René Girard seine Ansicht dargelegt, dass Historiker und Sozialwissenschaftler die zentrale Bedeutung der Nachahmung für das Menschsein ebenso fälschlich wie fahrlässig vernachlässigt hätten. Er widmete sich immer wieder der Frage, wie Nachahmung psychische Traumata und soziale Konflikte erzeugen kann. Dies passiere vor allem dann, wenn das nachgeahmte Vorbild zu einem Hindernis für die Selbstachtung und die Selbstverwirklichung des Nachahmenden wird.<sup>29</sup> Besonders hoch ist das Risiko für Unmut und Konflikt laut Girard bei der Nachahmung von Wünschen.

Seiner Ansicht nach wollen Menschen etwas nicht, weil es ansprechend oder erstrebenswert ist, sondern nur, weil jemand anderes es auch will. Diese Hypothese kann man an zwei Kleinkindern in einem Zimmer voller Spielzeug überprüfen: Das »begehrtesten« Spielzeug hat immer gerade das andere Kind in der Hand.<sup>30</sup> Die Ziele anderer nachzuahmen ist natürlicherweise, so Girard, mit Rivalität, Feindseligkeit und Bedrohungen der persönlichen Identität verbunden. Je mehr Vertrauen die Nachahmer in ihre Vorbilder setzen, desto weniger Vertrauen haben sie bezeichnenderweise in sich selbst. Das nachgeahmte Vorbild ist unweigerlich ein Rivale und greift das Selbstbewusstsein an. Dies gilt besonders, wenn das Modell, an dem man sich orientieren soll, nicht Jesus Christus im Himmel ist, sondern der Nachbar im Westen.

Etymologische Argumente sind bekanntermaßen meist schwach, und doch ist es vielleicht sinnvoll, sich ins Gedächtnis zu rufen, dass »nachahmen« ursprünglich nicht nur unterwürfige Bewunderung, sondern durchaus auch Wettbewerb meinte. Der Sohn will wie sein Vater sein, doch der Vater sendet die unterschwellige Botschaft aus, dass das ehrgeizige Ziel des Jungen unerreichbar ist, was den Sohn dazu bringt, den Vater zu hassen.<sup>31</sup> Das entspricht schon fast dem



Muster, das wir in Mittel- und Osteuropa beobachten, wo es den Populisten zufolge durch den vom Westen inspirierten Nachahmungsimperativ quasi die Bestimmung dieser Länder zu sein schien, ihre geheiligte Vergangenheit abzulegen und eine neue liberal-demokratische Identität anzunehmen, die ehrlich gesagt niemals ganz und gar ihre eigene sein würde.

Girards Einsicht in die beharrliche Neigung der Nachahmung, Verbitterung zu erzeugen, gründet zwar fast ausschließlich auf der Analyse literarischer Texte, ist aber dennoch überaus hilfreich, um zu verstehen, warum in der postkommunistischen Welt, ausgehend vor allem von Ungarn, ein ansteckender Aufstand gegen die liberale Demokratie ausbrach.<sup>32</sup> Indem er die Aufmerksamkeit auf die konfliktbelastete Natur der Nachahmung lenkt, hilft er uns, die Demokratisierung nach dem Kommunismus in einem völlig anderen Licht zu sehen. Seiner Theorie zufolge sind die Probleme, vor denen wir heute stehen, weniger auf einen natürlichen Rückfall in schlechte Gewohnheiten der Vergangenheit zurückzuführen, sondern sie entstanden vielmehr als Gegenreaktion auf einen vermeintlichen Nachahmungsimperativ. Während Fukuyama davon ausging, dass das Zeitalter der Nachahmung endlos langweilig werden würde, erahnte Girard klugerweise dessen Potenzial, jene Form existenzieller Scham auszubrüten, die in der Lage ist, einen explosiven Aufstand zu entfachen.

## Die Blumen der Verbitterung

Die These, die wir hier untersuchen und verteidigen möchten, lautet: Die Ursprünge der heute weltweit stattfindenden anti-liberalen Revolte liegen in drei parallel verlaufenden, miteinander verbundenen und durch Verbitterung befeuerten Re-



aktionen auf den vermeintlich kanonischen Status westlicher Politikmodelle nach 1989. Wir wissen natürlich, dass sie einseitig und unvollständig ist und empirische Schwachstellen hat, aber wir wollen keine umfassende und abschließende Zusammenschau der Ursachen und Folgen des zeitgenössischen Antiliberalismus liefern. Vielmehr geht es uns darum, einen bestimmten Aspekt der Geschichte hervorzuheben und zu beleuchten, der bisher nicht die Aufmerksamkeit bekommen hat, die er verdient. Die drei Fälle von reaktionärem Nativismus und Autoritarismus, die uns interessieren, weisen Ähnlichkeiten auf, die zuweilen versteckt sind. Um sie sichtbar zu machen, haben wir auf ein flexibel gegliedertes und zugegebenermaßen spekulatives, aber hoffentlich doch kohärentes und aufschlussreiches Konzept der politischen Nachahmung zurückgegriffen.

Zunächst untersuchen wir den intoleranten Kommunitarismus mitteleuropäischer Populisten, deren Wortführer Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński sind. Es geht darum, zu erklären, wie es dazu kam, dass in Ländern, in denen noch kürzlich eine liberale Elite die Nachahmung westlicher Vorbilder als den schnellsten Weg zu Wohlstand und Freiheit akzeptierte, ein erheblicher Teil der Wählerschaft plötzlich in ebendieser Nachahmung einen Weg ins Verderben sieht. Wir wollen nachvollziehen, wie durch die Monopolisierung der Symbole nationaler Identität, die im Zuge der »Harmonisierung« mit den postnationalen Standards und Verordnungen der Europäischen Union vernachlässigt oder entwertet worden waren, in der Region eine antiwestliche, meist in der Provinz verwurzelte Gegenelite entstand und beachtliche Unterstützung beim Volk fand – vor allem außerhalb der global vernetzten urbanen Zentren. Und wir zeigen, wie der nach dem Mauerfall einsetzende Entvölkerungsprozess in Mittel- und Osteuropa<sup>33</sup> diesen populistischen Gegeneliten dabei



half, die Vorstellungskraft ihrer jeweiligen Öffentlichkeit zu vereinnahmen, indem sie den Universalismus der Menschenrechte und den Liberalismus der offenen Grenzen als etwas hinstellten, das zeige, wie indifferent der Westen gegenüber den nationalen Traditionen und dem Erbe ihrer Länder sei.<sup>34</sup> Wir behaupten ganz sicher nicht, dass die mitteleuropäischen Populisten unschuldige Opfer des Westens seien oder der Widerstand gegen das, was sie als Nachahmungsimperativ wahrgenommen haben, ihre Agenda bereits vollständig fülle. Wir denken auch nicht, dass ihr Illiberalismus die einzig mögliche Reaktion auf 2008 und andere Krisen im Westen war. Und wir sehen durchaus, wie heldenhaft der illiberale Populismus in der Region bekämpft wird. Nein, wir wollen aufzeigen, dass der politische Aufschwung des Populismus nicht ohne den weitverbreiteten Unmut erklärt werden kann, der eine Reaktion auf die Art und Weise darauf ist, wie der (aufgezwungene) alternativlose Sowjetkommunismus durch den (erwünschten) alternativlosen westlichen Liberalismus ersetzt wurde.

Im nächsten Schritt wenden wir uns Russlands Verbitterung zu, entstanden angesichts einer weiteren Runde der verordneten Verwestlichung – so jedenfalls sah es die russische Seite. Für den Kreml signalisierte der Zerfall der Sowjetunion den Verlust des Supermacht-Status, und damit büßte er auch die Augenhöhe mit dem amerikanischen Feind ein. Praktisch über Nacht verwandelte sich Russland von einem angsteinflößenden gleichwertigen Rivalen zum Problemfall, der um Unterstützung betteln und die Ratschläge wohlmeinender, aber schlecht vorbereiteter amerikanischer Berater entgegennehmen musste, wobei es noch Dankbarkeit zu heucheln galt. Russland hat Nachahmung und Integration nie als Synonyme erlebt. Anders als Mittel- und Osteuropa stellte dieses Land keinen ernsthaften Kandidaten für eine Aufnahme in die



NATO oder die Europäische Union dar. Es war zu groß, besaß zu viele Nuklearwaffen und war sich seiner eigenen »historischen Größe« bewusst, was mit einer Position als Juniorpartner in einem westlichen Bündnis unvereinbar war.

Die erste Reaktion des Kreml auf die globale Überlegenheit des Liberalismus war eine Art *Simulation*, wie ein relativ schwaches Beutetier sie einsetzt, um nicht von gefährlichen Raubtieren angegriffen zu werden. Direkt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war Russlands politische Elite keineswegs homogen. Die meisten fanden es jedoch völlig natürlich, Demokratie zu spielen, wie sie in den letzten beiden Jahrzehnten vor 1991 Kommunismus auch nur vorgespielt hatten. Russlands liberale Reformer, Leute wie Jegor Gaidar, bewunderten die Demokratie wirklich, waren aber überzeugt, dass es in Anbetracht der gewaltigen Ausdehnungen Russlands und der autoritären Tradition, die die Gesellschaft jahrhundertlang geformt hatte, unmöglich sei, eine Marktwirtschaft aufzubauen – zumal unter einer Regierung, die sich wirklich dem Volkswillen unterwarf. Um im Russland der 1990er-Jahre eine »imitierte Demokratie« zu erschaffen, bedurfte es keiner hart erarbeiteten politischen Entwicklung. Es ging vielmehr nur darum, eine Potemkinsche Fassade zu errichten, die nach außen wie eine Demokratie aussah. Die Maskerade war so erfolgreich, dass es in einer schwierigen Übergangszeit gelang, den Druck zu vermindern, mit dem der Westen vom Kreml forderte, utopische politische Reformen in Angriff zu nehmen, die den ohnehin traumatischen und zwangsläufig korrupten Prozess der wirtschaftlichen Privatisierung womöglich in Gefahr gebracht hätten.

In den Jahren 2011/2012 hatte diese demokratische Scherade ausgedient. Russlands Führung ging nun zu einer verbitterten Strategie der aggressiven Parodie über, einem dreist feindseligen und absichtlich provokativen Nachahmungsstil,



der sicher nicht als »Beobachtungslernen« verstanden werden kann, wie schmeichelhafte Analysen der nachahmenden Außenpolitik es tun.<sup>35</sup> Wir nennen dies *Spiegeln*. Kreml-Insider, die sich über die in ihren Augen ebenso arrogante wie sinnlose Forderung ärgerten, Russland solle ein idealisiertes Bild des Westens nachahmen, beschlossen, stattdessen das zu kopieren, was sie als die abstoßendsten Verhaltensmuster des amerikanischen Hegemons wahrnahmen, um dem Westen *einen Spiegel vorzuhalten* und diesen Mächtgern-Missionaren zu zeigen, was von ihnen übrig blieb, wenn man sie ihrer selbstverliebten Maske beraubte. Das Spiegeln ist für ehemalige Nachahmer ein erprobter Weg, sich an ihren vermeintlichen Vorbildern zu rächen, indem sie deren unattraktive Defekte und ermüdende Scheinheiligkeit offenlegen. Bedeutsam wird diese Demaskierungsmanie dadurch, dass der Kreml sie meist als Selbstzweck und oft sogar mit beträchtlichen Nachteilen betreibt, ohne an einen kollateralen Nutzen zu denken, auf den das Land womöglich hoffen könnte.

Mit Russlands Einmischung in die amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2016, um zum auffälligsten Beispiel für dieses höhnisch-ironische »Spiegeln« zu kommen, wollten Organisatoren wie Täter das reproduzieren, was der Kreml als unerwünschte westliche Übergriffe auf das politische Leben Russlands betrachtete. Es ging ausdrücklich weniger darum, einen Kreml-freundlichen Kandidaten in das Amt zu hieven, als vielmehr darum, den Amerikanern vor Augen zu führen, wie sich ausländische Einmischung in die Politik eines Landes anfühlt. Aber Russland hatte nicht nur ein pädagogisches Ziel: Mit der Spiegelung wollte es auch offenlegen, wie zerbrechlich und verwundbar ein arrogantes demokratisches Regime ist.

In den 1990er-Jahren simulierte der Kreml also die Verantwortlichkeit von Politikern gegenüber ihren Bürgern. Heute



hat er sein Interesse an demokratischen Scharaden weitgehend verloren. Statt so zu tun, als imitierten sie Amerikas innenpolitisches System, imitieren Putin und sein Gefolge lieber die Art, wie sich Amerika rechtswidrig in die Innenpolitik anderer Länder einmischt. Allgemeiner gesagt, will der Kreml Amerika einen Spiegel vorhalten, in dem dieses Land betrachten kann, wie sehr es dazu neigt, ebenjene internationalen Regeln zu verletzen, die es angeblich respektiert. Und das macht er sehr herablassend, um die Amerikaner zu demütigen und sie auf ein Normalmaß zurechtzustutzen.

Die Verbitterung angesichts der Amerikanisierung liefert eine starke (wenn auch unvollständige) Erklärung für den innenpolitischen Illiberalismus Mitteleuropas wie für Russlands außenpolitische Angriffslust. Doch was ist mit den Vereinigten Staaten? Warum unterstützen so viele Amerikaner einen Präsidenten, der in Amerikas Engagement für eine liberale Welt zugleich auch die größte Schwachstelle des Landes sieht? Warum akzeptieren Trumps Unterstützer die implizite und exzentrische Idee ihres Präsidenten, dass die Vereinigten Staaten nicht nur aufhören sollten, Vorbild für andere Länder zu sein, sondern vielleicht sogar noch gut daran täten, Orbáns Ungarn und Putins Russland nachzuahmen?

Trump hat sowohl die Unterstützung der breiten Masse wie auch der Geschäftswelt gewonnen, indem er erklärte, die Vereinigten Staaten seien der größte Verlierer der weltweiten Amerikanisierung. Damit wich er signifikant vom prahlerischen Mainstream der amerikanischen politischen Kultur ab, und es ruft nach einer Erklärung, warum er dafür eine so augenfällige öffentliche Akzeptanz fand. Weil Russen und Mitteleuropäer die Nachahmung als etwas ablehnen, das schlecht für die Nachahmer und gut nur für das imitierte Modell sei, klingt es zunächst verwirrend, dass einige Amerikaner die Nachahmung offenbar als schlecht für die Vorlage und gut



nur für die Kopie verwerfen. Tatsächlich wirkt Trumps Groll auf eine Welt voller Länder, die Amerika nacheifern, abnorm, bis wir uns klarmachen, dass für seine amerikanischen Unterstützer Nachahmer eine Bedrohung verkörpern, da sie versuchen, das Vorbild, das sie imitieren, zu ersetzen. Diese Angst, ersetzt und enteignet zu werden, hat zwei Quellen: einerseits die Immigranten, andererseits China.

Das weit hergeholte Bild von Amerika als ein missbrauchtes Opfer seiner Bewunderer und Nachahmer nahmen weder die Geschäftswelt noch die Öffentlichkeit richtig ernst, als Trump es in den 1980er-Jahren zu seinem Markenzeichen machte. Warum also änderte sich das im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts? Die Antwort findet sich in den Problemen weißer Amerikaner der Mittel- und Arbeiterschicht und darin, dass sich China als ein sehr viel gefährlicherer ökonomischer Konkurrent der USA entpuppte, als Deutschland oder Japan es je waren. Die Wahrnehmung der weißen Wähler und der Geschäftswelt, dass China amerikanische Jobs beziehungsweise amerikanische Technologie stehle, trug dazu bei, dass Trumps exzentrische Botschaft von der Viktimisierung Amerikas plötzlich eine krude Glaubwürdigkeit bekam – obwohl dies ein radikaler Bruch mit dem traditionellen Selbstbild des Landes war.

Dieses einleitende Beispiel zeigt, wie dem Vorbild und nicht nur dem Mimen Nachahmungspolitik übel aufstoßen kann und wie sogar der Führer des Landes, das die liberale Weltordnung schuf, beschließen konnte, alles zu tun, um ebendiese Weltordnung wieder einzureißen.

China führt uns darüber hinaus zum Abschluss unserer Argumentation, denn der Aufstieg eines international durchsetzungsfähigen Chinas, bereit, die US-Hegemonie herauszufordern, markiert das Ende des Nachahmungszeitalters, wie wir es verstehen. In seinem Rücktrittsschreiben an den amerika-



nischen Präsidenten betonte der Verteidigungsminister James Mattis im Dezember 2018, dass die chinesischen Führer »die Welt nach ihrem autoritären Vorbild formen wollen«. Doch damit meinte er nicht, dass sie andere Länder dazu überreden oder nötigen wollten, »asiatische Werte« anzunehmen, oder es ihnen darum ginge, sie zu ermutigen, ihre eigenen Politik- und Wirtschaftssysteme mit »chinesischen Hauptmerkmalen« zu übertünchen. Sie forderten Einfluss und Respekt, ohne gleich die ganze Welt zu den »Xi-Jinping-Ideen« bekehren zu wollen. Sie möchten, wie Mattis schrieb, »Veto-Rechte über die wirtschaftlichen, diplomatischen und sicherheitspolitischen Entscheidungen anderer Staaten gewinnen, um ihre eigenen Interessen auf Kosten ihrer Nachbarn sowie Amerikas und seiner Verbündeten zu verfolgen«.<sup>36</sup>

Der bevorstehende Schlagabtausch zwischen Amerika und China wird weltverändernd sein: Es wird dabei um Handel, Ressourcen, Technologien, Einflusszonen und die Fähigkeit gehen, ein globales Umfeld zu schaffen, das für die extrem verschiedenen nationalen Interessen und Ideale beider Länder günstig ist. Ein Konflikt zwischen rivalisierenden universalen Visionen von der Zukunft des Menschen, bei dem jede Seite versucht, durch ideologische Bekehrung und revolutionäre Regimewechsel Verbündete zu rekrutieren, wird nicht dazugehören. Im gegenwärtigen internationalen System treten allmählich nackte Machtasymmetrien an die Stelle angeblicher moralischer Asymmetrien. Das erklärt, warum die chinesisch-amerikanische Rivalität nicht angemessen als »neuer Kalter Krieg« bezeichnet werden kann. Allianzen lösen sich auf und formen sich kaleidoskopartig neu, Länder geben langfristige ideologische Partnerschaften zugunsten kurzlebiger Zweckbündnisse auf. Wir kennen die Folgen nicht, aber eine Neuauflage des 40-jährigen Konflikts zwischen den USA und der UdSSR ist sicher nicht zu erwarten.



Der atemberaubende Aufstieg Chinas legt nahe, dass die Niederlage der kommunistischen Idee 1989 letztendlich doch nicht als einseitiger Sieg der liberalen Idee zu verbuchen ist. Hingegen stellte sich heraus, dass die unipolare Ordnung für den Liberalismus weitaus weniger günstig war, als irgendjemand hätte vorhersagen können. Einige Kommentatoren haben behauptet, die Ereignisse von 1989 hätten das Projekt der Aufklärung – in seiner liberalen ebenso wie in seiner kommunistischen Verkörperung – ernsthaft beschädigt, indem sie die Konkurrenz des Kalten Krieges zwischen zwei rivalisierenden universalen Ideologien beseitigten. Der ungarische Philosoph G. M. Tamás ging noch weiter und erklärte, »die liberale wie die sozialistische Utopie« seien 1989 »besiegt« worden, und dies signalisiere »das Ende« des »Projekts der Aufklärung«.<sup>37</sup> So fatalistisch sind wir nicht. Schließlich besteht immer noch die Chance, dass amerikanische und europäische Führungspersönlichkeiten auftauchen, die in der Lage sind, den Niedergang des Westens vernünftig über die Bühne zu bringen. Vielleicht findet sich ja noch ein gangbarer Weg zu einer liberalen Genesung auf gleichermaßen vertrauten wie neuartigen Grundlagen. Gegenwärtig scheint die Chance auf eine solche Erneuerung gering. Und doch können sich die antiliberalen Regime und Bewegungen, über die wir hier sprechen, als kurzlebig und historisch folgenlos erweisen, vielleicht gerade weil ihnen jede allgemein ansprechende ideologische Vision fehlt. Bekanntlich ist die Geschichte eine Invasion des Unbekannten. Doch was immer die Zukunft auch bereithält – wir können wenigstens versuchen, nachzuvollziehen, wie wir dorthin gekommen sind, wo wir heute stehen.



# 1

## Vom Geist der Nachahmung

*»Wahrscheinlich machen solche Augenblicke  
der Demütigung einen Robespierre.«*

STENDHAL<sup>1</sup>

»Als Gregor Samsa eines Morgens aus unruhigen Träumen erwachte, fand er sich in seinem Bett zu einem ungeheueren Ungeziefer verwandelt.« Dieser erste Satz aus Kafkas »Die Verwandlung« könnte auch die Verwunderung beschreiben, die westliche Liberale empfanden, als sie irgendwann um das Jahr 2015 aufwachten und feststellen mussten, dass sich einige einst gefeierte neue Demokratien in Mittel- und Osteuropa plötzlich in von Verschwörungstheoretikern geführte Mehrheitsregime verwandelt hatten: In Regime, die ihre politische Opposition dämonisierten und freie Medien, die Zivilgesellschaft sowie unabhängige Gerichte ihres Einflusses beraubten; Regime, deren politische Führung Souveränität als entschlossenen Widerstand gegenüber jeglichem Druck definierte, sich westlichen Idealen des politischen Pluralismus und der Toleranz gegenüber Fremden, Dissidenten und Minderheiten anzupassen.

Im Frühjahr 1990 reiste der 26 Jahre alte Amerikaner John Feffer monatelang kreuz und quer durch Osteuropa. Er hoffte das Geheimnis um die postkommunistische Zukunft der Region zu entschlüsseln und wollte ein Buch über die historische Verwandlung schreiben, die sich vor seinen Augen ab-



spielte.<sup>2</sup> Da er kein Fachmann war, orientierte er sich nicht an Theorien, sondern redete mit möglichst vielen Menschen aus allen Gesellschaftsschichten und war schließlich ebenso fasziniert wie verwirrt von den Widersprüchen, auf die er überall stieß. Die Osteuropäer waren optimistisch, aber besorgt. Viele seiner Interviewpartner erwarteten damals, dass sie in fünf oder spätestens zehn Jahren wie die Menschen in Wien oder London leben würden, doch in diese überzogenen Hoffnungen mischten sich bereits ängstliche Vorahnungen. Der ungarische Soziologe Elemér Hankiss beschrieb sie so: »Die Menschen erkannten plötzlich, dass die kommenden Jahre darüber entscheiden würden, wer reich und wer arm wäre; wer Macht besäße und wer nicht; wer an den Rand gedrängt leben und wer im Mittelpunkt stehen würde. Und wer in der Lage wäre, Dynastien zu gründen, und wessen Kinder darunter zu leiden hätten.«<sup>3</sup>

Feffer veröffentlichte sein Buch, kehrte jedoch nicht so bald in jene Länder zurück, die ihn eben noch in ihren Bann gezogen hatten. Erst 25 Jahre später beschloss er, die Region noch einmal zu besuchen und jene Menschen aufzuspüren, mit denen er 1990 gesprochen hatte. Diese zweite Reise ähnelte dem Erwachen des Gregor Samsa. Osteuropa war jetzt reicher, aber voller Verbitterung. Die kapitalistische Zukunft hatte längst begonnen, doch ihre Wohltaten und Belastungen waren ungleich verteilt. Feffer erinnert uns daran, dass »für die Generation des Zweiten Weltkriegs in Osteuropa der Kommunismus ein ›gescheiterter Gott‹ gewesen« sei, und kommt zu dem Schluss: »Heute ist der Liberalismus für die Menschen in der Region ein gescheiterter Gott.«<sup>4</sup>



## Schwindendes Licht

Unmittelbar nach 1989 stellte man sich die weltweite Ausbreitung der Demokratie als eine Art Märchen vor, in dem der Prinz der Freiheit nur den Drachen der Tyrannei töten und die Prinzessin küssen müsse, um die liberale Mehrheit aus ihrem Dornröschenschlaf zu wecken. Doch der Kuss schmeckte bitter, und die wieder zum Leben erweckte Mehrheit erwies sich als nicht ganz so liberal wie erwartet.

Nach dem Ende des Kalten Krieges standen die Mittel- und Osteuropäer Schlange, um möglichst schnell Anschluss an einen Westen zu finden, wie sie ihn sich hinter dem Eisernen Vorhang ausgemalt hatten. Es liegt auf der Hand, dass das vorrangige Ziel der Revolutionen von 1989 darin bestand, ununterscheidbar westlich zu werden. Westlichen Vorbildern nachzueifern wurde anfangs genauso als Befreiung empfunden wie der Abzug sowjetischer Soldaten. Doch nach zwei unruhigen Jahrzehnten zeigten sich nur allzu offensichtlich die Schattenseiten dieser Nachahmungspolitik. Der Unmut wuchs, und mit ihm die Beliebtheit illiberaler Politiker, die in Ungarn und Polen sogar die Macht erlangten.

1989 verband man Liberalismus allgemein mit den Idealen individueller Freiheit, Bewegungs- und Reisefreiheit, straflosem Widerspruch, Zugang zur Rechtsprechung und Ansprechbarkeit der Regierung für öffentliche Forderungen. 2010 waren die mittel- und osteuropäischen Spielarten des Liberalismus durch wachsende soziale Ungleichheit, allgegenwärtige Korruption und die moralisch fragwürdige, massive Umverteilung öffentlichen Eigentums in die Hände einiger weniger belastet. Die Wirtschaftskrise von 2008 wiederum führte zu einem tiefen Misstrauen gegenüber den wirtschaftlichen Eliten und dem Kasinokapitalismus, der beinahe die Weltfinanz-



ordnung zerstört hätte. Das Ansehen des Liberalismus in der Region hat sich bis heute nicht davon erholt. Zudem untergrub die Krise die Position einiger im Westen ausgebildeter Ökonomen, die immer noch dafür eintraten, den Kapitalismus amerikanischen Stils nachzuahmen. Die Zuversicht, dass die Volkswirtschaft des Westens ein Modell für die Zukunft der Menschheit sei, war mit der Überzeugung verknüpft gewesen, dass die westlichen Eliten schon wüssten, was sie tun. Plötzlich zeigte sich deutlich, dass sie es nicht wussten. Deshalb hatte 2008 weltweit jene niederschmetternde ideologische Wirkung, die über die rein ökonomischen Folgen weit hinausging.

Die von den Populisten Mittel- und Osteuropas so sehr betonten dunklen Seiten des Liberalismus wogen immer schwerer, weil die Zeit allmählich die noch dunkleren Seiten des europäischen Illiberalismus aus dem kollektiven Gedächtnis löschte. Und wie der Zufall es wollte, bekamen die Mittel- und Osteuropäer just in dem Moment die Chance, den Westen nachzuahmen, als dieser gerade seine globale Dominanz verlor und weitsichtige Beobachter nicht nur an der universalen Anwendbarkeit, sondern auch an der ideellen Überlegenheit des westlichen Politikmodells zweifelten – kein günstiges Umfeld, um durch Nachahmung das eigene System zu reformieren. Nachahmer zu sein ist ja so oder so schon eine psychische Herausforderung. Der Schiffbruch ist aber vorprogrammiert, wenn man mittendrin merkt, dass das Vorbild, an dem man sich orientiert, gerade in Schiefelage gerät und sinkt. Man sagt oft, die Angst, aufs falsche Pferd zu setzen, sei tief im Kollektivgedächtnis Mitteleuropas verankert. Die politische und ökonomische Instabilität des Westens hat im Osten die Revolte gegen den Liberalismus nicht nur genährt, sondern auch gerechtfertigt.

Indem wir herausstellen, dass der mittel- und osteuropäische Illiberalismus in der Abneigung gegen die Nach-



ahmungspolitik wurzelt, wollen wir jedoch nicht leugnen, dass die Führer illiberaler Parteien in der Region vor allem machthungrig sind und zynischerweise aus ihren Bemühungen, liberale Prinzipien und Institutionen zu diskreditieren, Vorteile ziehen. Der von den herrschenden Cliques in Budapest und Warschau geförderte Illiberalismus ist unbestreitbar günstig für Amtsinhaber, die den demokratischen Machtwechsel fürchten. Ihr Antiliberalismus ist opportunistisch in dem Sinne, dass er ihnen hilft, sich berechtigten Vorwürfen der Korruption und des Machtmissbrauchs zu entziehen, die EU-Beamte wie auch Kritiker im eigenen Land erheben. Regelmäßig schwärzen der ungarische Fidesz und die polnische PiS (Partei für Recht und Gerechtigkeit) die im westlichen Konstitutionalismus vorgeschriebene Gewaltenteilung als ausländische Verschwörung an, um die Stimmen des ungarischen und polnischen Volkes zu unterdrücken. Mit dem Verweis auf innere Feinde »mit fremdem Herz« rechtfertigen sie, dass sie die unabhängige Presse und Rechtsprechung demontieren und rücksichtslos gegen Regimegegner wie Kritiker vorgehen.

Wir werden allerdings nie verstehen, warum die populistischen Parteien solchen Zuspruch beim Volk finden, wenn wir uns nur auf die korrupten Praktiken und Strategien konzentrieren, mit denen illiberale Regierungen in der Region sich der Verantwortung entziehen. Zweifellos sind die Ursprünge des Populismus komplex. Ein Stück weit aber liegen sie sicher in der Demütigung, höchstens die minderwertige Kopie eines überlegenen Vorbilds zu sein und von ausländischen Gutachtern benotet zu werden, die nur vage interessiert sind und sich selten mit den Realitäten vor Ort vertraut gemacht haben. Diese Erfahrungen schürten in der Region eine nativistische Reaktion, eine Wiederbehauptung sogenannter authentischer nationaler Traditionen im Gegensatz zum schlecht sitzenden



westlichen Anzug aus zweiter Hand. Der postnationale Liberalismus, der besonders mit der EU-Erweiterung verbunden war, hat dazu geführt, dass aufstrebende Populisten exklusive Verfügungsgewalt darüber beanspruchten, was nationale Tradition und nationale Identität sei.

Dies war die Antriebsfeder der antiliberalen Revolte in der Region. Ähnlich erwuchs aus der nie richtig ausdiskutierten These, es habe nach 1989 keine Alternativen zu liberalen politischen und ökonomischen Modellen gegeben, der Wunsch, zu beweisen, dass es sie durchaus gegeben hätte. Deutschlands populistische Anti-Europa-Partei, die Alternative für Deutschland (AfD), ist ein klassisches Parallelbeispiel. Wie ihr Name andeutet, entstand sie in Reaktion auf Angela Merkels lockere Behauptung, ihre Geldpolitik sei »alternativlos«. Indem sie den Regierungsvorschlag als den einzig gangbaren Weg beschrieb, provozierte sie eine ruhelose Suche nach Alternativen.<sup>5</sup> Derselbe Widerspruchsgeist brachte schließlich in ehemals kommunistischen Ländern eine antiliberalen, globalisierungs-, fremden- und EU-feindliche Revolte hervor, ausgenutzt und manipuliert von populistischen Demagogen, die wussten, wie man mithilfe »innerer Feinde« öffentliche Unterstützung mobilisiert.

## Die Mühen der Normalität

Laut George Orwell sind »alle Revolutionen Fehlschläge, aber sie schlagen nicht alle auf dieselbe Art fehl«.<sup>6</sup> Inwiefern schlug also die Revolution von 1989 fehl, wenn man davon ausgeht, dass sie eine Normalität westlichen Stils anstrebte? In welchem Maße war die liberale und damit nachahmende Revolution von 1989 verantwortlich für die illiberale Konterrevolution, die sich zwei Jahrzehnte später Bahn brach?



Glücklicherweise kamen die »samtenen Revolutionen« von 1989, die zeitlich mit der Zweihundertjahrfeier der ruhmreichen, aber blutigen Französischen Revolution zusammenfielen, weitgehend ohne das menschliche Leid und die mörderischen Methoden anderer tief greifender politischer Umstürze aus. Nie zuvor wurden so viele tief verwurzelte Regime gleichzeitig mit im Wesentlichen friedlichen Mitteln gestürzt und ersetzt. Die Linken priesen diese samtenen Revolutionen als einen Ausdruck der Macht des Volkes. Die Rechten feierten sie als einen Triumph des freien Marktes über die Kommandowirtschaft und als den wohlverdienten Sieg der freien Gesellschaft über die totalitäre Diktatur. Amerikanische und proamerikanische Liberale waren stolz darauf, die liberale Idee, die in den Augen linker Kritiker gewöhnlich eher den Status quo bewahrte, mit der Romantik des emanzipierenden Wandels verbinden zu können.<sup>7</sup> Ebenso wohlwollend zeigten sich die westeuropäischen '68er, die zwar ein marxistisches Vokabular pflegten, der Kulturrevolution aber doch den kulturellen Liberalismus vorzogen. Und natürlich waren diese weitgehend gewaltfreien Regimewechsel im Osten mit welthistorischer Bedeutung aufgeladen, da mit ihnen die Frontstellung zweier Großmächte endete, die die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt und den Planeten mit einem nuklearen Armageddon bedroht hatte.

Ihre Gewaltlosigkeit war jedoch nicht das einzige Alleinstellungsmerkmal der Revolutionen von 1989. In Anbetracht der prominenten öffentlichen Rolle, die kreative Denker und kluge politische Aktivisten wie Václav Havel und Adam Michnik damals spielten, gelten die Ereignisse von 1989 auch als Revolutionen der Intellektuellen. Es stimmt, dass sich 195 der 232 Teilnehmer am runden Tisch bei den Gesprächen zwischen der regierenden polnischen Kommunistischen Partei (die angeblich die Arbeiterklasse repräsentierte) und der anti-



kommunistischen Gewerkschaft Solidarność (die tatsächlich die Arbeiter vertrat) als Intellektuelle verstanden.<sup>8</sup> Vielleicht waren sie Büchernarren, aber sicherlich keine Traumtänzer. Diese Revolutionen blieben vor allem deshalb »samten«, weil sie im Grunde Utopien und politische Experimente ablehnten. Schon vor 1989 hatten sogar die Funktionäre des Regimes utopischen Glauben gegen mechanische Rituale ausgetauscht, aus ideologischer Begeisterung war wuchernde Korruption geworden. Sie lagen damit glücklicherweise auf einer Linie mit den Dissidenten, die keine Lust hatten, ihre Gesellschaften so umzumodeln, dass sie einem historisch noch nie da gewesenen Ideal entsprachen. Weit davon entfernt, nach einem unerprobten Wunderland zu suchen oder etwas genial Neues herbeizusehnen, wollten die führenden Köpfe dieser Revolutionen das eine System stürzen, um ein anderes zu kopieren.

François Furet, der große Historiker der Französischen Revolution, bemerkte dazu bissig: »Trotz all dem Lärm und Wirbel ist doch 1989 keine einzige neue Idee aus Osteuropa hervorgegangen.«<sup>9</sup> Deutschlands führender Philosoph Jürgen Habermas, lebenslang Befürworter einer kulturellen Orientierung am Westen und der Umgestaltung seines Landes nach westlichen Vorgaben, blies ins selbe Horn. Er begrüßte den »fast vollständigen Mangel an innovativen, zukunftsweisenden Ideen« nach 1989 allerdings von Herzen, denn in seinen Augen waren die mittel- und osteuropäischen Revolutionen »rückspulende«<sup>10</sup> oder »nachholende Revolutionen«.<sup>11</sup> Ihr Ziel bestand darin, die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften dem Mainstream der westlichen Moderne zuzuführen, damit sie bekommen konnten, was die Westeuropäer seit Langem besaßen.

Nicht einmal die Mittel- und Osteuropäer selbst träumten 1989 von einer vollkommenen Welt, die es nie gegeben hatte. Sie sehnten sich vielmehr nach einem »normalen Leben«.



Ende der 1970er-Jahre reiste der große deutsche Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger auf der Suche nach der Seele des alten Kontinents durch Europa. In Ungarn erklärten ihm bekannte Kritiker des kommunistischen Regimes: »Wir sind keine Dissidenten. Wir sind die Normalität.«<sup>12</sup> Michnik offenbarte später: »Ich war von der Idee einer ... anti-utopischen Revolution besessen. Denn Utopien führen zur Guillotine und zum Gulag.« Seine postkommunistische Parole lautete daher: »Freiheit, Brüderlichkeit, Normalität«.<sup>13</sup> Wenn Polen seiner Generation von »Normalität« sprachen, dann bezogen sie sich nicht auf eine frühere, vorkommunistische Phase der polnischen Geschichte, zu der ihr Land nach dem Intermezzo der sowjetischen Besatzungszeit endlich hätte zurückkehren können. Mit »Normalität« meinten sie den Westen.

Václav Havel pflichtete ihm bei. Er beschrieb das »Fehlen eines normalen politischen Lebens« als den Grundzustand des kommunistischen Osteuropas.<sup>14</sup> Dort war nichts ungewöhnlicher als »Normalität«. Havel bezeichnete »die Freiheit und Rechtsstaatlichkeit« westlicher Prägung als »die ersten Vorbedingungen für einen normal und gesund funktionierenden sozialen Organismus« und beschrieb den Kampf seines Landes, die kommunistische Herrschaft abzuschütteln, als »den Versuch, die eigene Abnormität abzuschaffen, normal zu werden«.<sup>15</sup> Havels Sehnsucht nach einem normalen *politischen* Zustand lässt vermuten, dass die Dissidenten nun, nachdem sie sich jahrzehntelang auf eine angeblich strahlende Zukunft konzentriert hatten, vor allem in der Gegenwart leben und die Annehmlichkeiten des Alltags genießen wollten. Weil der Status der westlichen politischen und wirtschaftlichen Organisation in der ganzen Region anerkannt war, sollte mit dem Übergang zur Normalität nach 1989 auch im Osten das Leben möglich werden, das man im Westen als selbstverständlich ansah.



In seiner Aufsatzsammlung »Verführtes Denken« schreibt der polnische Nobelpreisträger Czesław Miłosz, nach dem Zweiten Weltkrieg sei für viele osteuropäische Intellektuelle der neue Glaube an den Kommunismus vergleichbar gewesen mit den Murti-Bing-Pillen aus Stanisław Witkiewiczs Roman *Unersättlichkeit*<sup>16</sup> von 1927. Diese Pillen waren ein medizinisches Mittel, um eine »Weltanschauung« zu verabreichen; alle, die sie nahmen, waren »gegen jede Art metaphysischer Bedenken gefeit«.<sup>17</sup> 1989 war, so könnten wir sagen, die Vorstellung von der »normalen Gesellschaft« für viele osteuropäische Intellektuelle zu einer Murti-Bing-Pille geworden. Sie milderte die Sorge, dass das Nachahmungsdenken sich womöglich irgendwann ebenfalls als ein »verführtes Denken« herausstellen könnte.

Weil die mitteleuropäischen Eliten in der Nachahmung des Westens einen häufig beschrittenen Weg zur »Normalität« sahen, akzeptierten sie den Nachahmungsimperativ nach dem Ende des Kalten Krieges völlig spontan, freiwillig und aufrichtig. Sie *entliehen* weder gierig westliche Technologie wie die Chinesen, noch *simulierten* sie zynisch westliche Demokratie wie die Russen. Sie waren hoffnungsvolle *Bekehrte*, die ihre Gesellschaften zu einer kollektiven *Bekehrungserfahrung* verlocken wollten.

Ebendiese aufrichtige Hoffnung auf eine liberale Rundeerneuerung unterscheidet die mitteleuropäischen Fürsprecher der liberalen Demokratie nicht nur von den russischen Scharlatanen, sondern auch von jenen lateinamerikanischen Reformern, die nach Meinung des amerikanischen Sozialwissenschaftlers Albert O. Hirschman eine Technik einsetzen, die er als »Pseudo-Nachahmung« bezeichnete.<sup>18</sup> In seiner Untersuchung zur ökonomischen Entwicklung in Lateinamerika stellte Hirschman fest, dass Reformer oft ganz bewusst kleinredeten, was ihren Vorschlägen im Weg stand, und gern



so taten, als bräuchte man für eine Reform einfach nur ausgereifte auswärtige Modelle zu übernehmen und könne einheimische Bedingungen und Leistungsfähigkeiten als unerheblich abtun. Das taten sie, um ihre Reformbemühungen einer skeptischen Öffentlichkeit zu »verkaufen«, die nicht bereit war, Projekte zu billigen, die ihr undurchführbar oder allzu komplex erschienen, während die Reformer sie für absolut machbar hielten. Das ist eine faszinierende Beobachtung. Doch das Bild des gerissenen Reformers, der die Demokratisierung »als eine simple Kopie eines erfolgreichen Unterfangens in einem fortschrittlichen Land anpries«,<sup>19</sup> um eine naive Öffentlichkeit zu täuschen, passt nicht zur postkommunistischen Erfahrung in Mitteleuropa. Hier unterschätzten eben auch die von der Hoffnung auf einen EU-Beitritt getragenen Reformer die lokalen Schwierigkeiten, die eine Liberalisierung und Demokratisierung mit sich bringen; zugleich überschätzten sie die Anwendbarkeit ausgereifter, importierter Westmodelle. Die Welle des Antiliberalismus, die über Mitteleuropa hinwegschwappt, spiegelt vielmehr eine in der Bevölkerung weitverbreitete Verbitterung angesichts der gefühlten Kränkungen der nationalen und persönlichen Würde, die dieses offenkundig aufrichtig gemeinte Projekt der Reform durch Nachahmung mit sich brachte.

Ein weiteres auffallendes Merkmal der liberalen Revolution in der Region bestand darin, dass sie nicht wie frühere Revolutionen als ein Zeitsprung von einer düsteren Vergangenheit in eine strahlende Zukunft gedacht war. Vielmehr stellte man sie sich als eine Bewegung im Raum vor, als ob das gesamte postkommunistische Europa ins Haus des Westens umzöge, das andere schon lange bewohnten, die Menschen im Osten jedoch nur auf Fotos und in Filmen zu Gesicht bekommen hatten. Die Vereinigung Europas wurde ausdrücklich analog zur Vereinigung Deutschlands gestaltet. Anfang der 1990er-



Jahre platzten tatsächlich viele Mittel- und Osteuropäer vor Neid auf die unglaublich glücklichen Ostdeutschen, die über Nacht kollektiv in den Westen abgewandert waren und morgens beim Aufwachen auf wunderbare Weise westdeutsche Pässe und Brieftaschen voller allmächtiger D-Mark-Scheine ihr Eigen nannten. Wenn aber die Revolution von 1989 eine Westwanderung der gesamten Region war, dann stellte sich doch vor allem die Frage, welche mittel- und osteuropäischen Länder als Erste an ihrem gemeinsamen Ziel ankommen würden. Stephen Legomsky, ein bekannter amerikanischer Rechtsgelehrter und ehemaliger Chefberater der US-Einwanderungsbehörde, stellte einst fest, dass »Länder, anders als Menschen, nicht wandern«. <sup>20</sup> Er irrte sich, was das postkommunistische Mittel- und Osteuropa anging.

## Das Leben ist anderswo

Am 13. Dezember 1981 erklärte General Wojciech Jaruzelski den Ausnahmezustand in Polen und ließ Zehntausende Mitglieder der antikommunistischen Solidarność-Bewegung festnehmen und internieren. Ein Jahr später erbot sich die polnische Regierung, all jene zu entlassen, die bereit wären, eine Loyalitätserklärung zu unterschreiben oder auszuwandern. In Reaktion auf diese verlockenden Angebote schrieb Adam Michnik aus seiner Gefängniszelle zwei offene Briefe – einen mit der Überschrift »Warum Sie nicht unterschreiben«, den anderen mit der Überschrift »Warum Sie nicht emigrieren«. <sup>21</sup> Seine Argumente dafür, nicht zu unterschreiben, lagen auf der Hand. Solidarność-Aktivisten sollten dieser Regierung keine Loyalität bekunden, weil die Regierung dem polnischen Volk gegenüber treulos gewesen sei. Sie sollten nicht unterschreiben, weil eine Unterschrift, mit der man die eigene